

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erscheinung
Wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich frei im Haus und bei allen Postanstalten 1 Mk. 50 Pf.

Druck und Verlag von
P. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigen-Preis:
Für die einspaltige Zeile über deren Raum 20 Pf.
Inseraten-Nachnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 20.

Freitag, 8. März 1919.

Sonnabend, den 8. März 1919.

Freitag, 8. März 1919.

41. Jahrg.

Die Verhandlungen in Spaa abgebrochen.

Berlin, 6. März. Die in Spaa geführten Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung in Deutschland, die Auslieferung der Handelsflotte und die damit in Beziehung stehenden finanziellen Vereinbarungen sind abgebrochen worden, nachdem die Alliierten auf die sofortige Auslieferung der deutschen Handelsflotte bestanden.

Amerika und der „Völkerbund“.

Washington, 4. März. Neuter. Senator Lodge hat einen Antrag ausgearbeitet, wonach der Senat erklären solle, daß er den Völkerbund nicht billige, und daß die amerikanischen Unterhändler beauftragt werden sollen, sich zugleich mit dem Abschluß des Friedens mit Deutschland zu beschäftigen. Lodge sagte: Wenn die Abstimmung über diesen Antrag vor der Vertagung des Kongresses nicht mehr vorgenommen werden kann, sind die Parteiführer bereit, eine Erklärung zur Unterstützung des Antrages einzubringen, die die Unterschriften vieler Senatoren trägt, alle verlangen, daß die Frage des Völkerbundes später geprüft werden solle. Infolge sich erhebenem Widerspruch kann der Antrag nicht mehr in der gegenwärtigen Session des Senats erörtert werden, die heute nacht endet. Lodge verlor die Eingabe von 37 Senatoren des neuen Senats, die die Entschließung unterstützen; da diese Zahl ein Drittel der gesamten Mitgliederzahl des Senats überschreitet, reicht sie aus, um die Ratifikation des Friedensvertrages zu verhindern, zu dessen Annahme eine zwei Drittel-Mehrheit erforderlich ist.

Der Friedenstermin.

Genf, 4. März. „Herald“ meldet aus New York: In seiner Botschaft an den Kongreß verspricht Wilson, den Vorfriedensvertrag Anfang April, den endgültigen Friedensvertrag in der ersten Juniwoche dem Kongreß vorzulegen.

Keine Annexion des Saargebietes.

Genf, 5. März. Humanité meldet, daß Clemenceau Sekretär Abramcy in der Sitzung des Ausschusses für Auswärtiges am Montag die Regierungserklärung abgab, und zwar auf eine Anfrage Renauds, Frankreich habe durch die ungehinderte Zulassung der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung im besetzten Gebiet zugestanden, daß das besetzte Gebiet mit Ausnahme Elsaß-Lothringens zu Deutschland gehöre. Ueber die Frage der notwendigen Sicherungen werde der Ministerpräsident in einem späteren Termin sich persönlich auslassen.

Am 17. März werden die Friedensbedingungen bekannt.

Basel, 5. März. Morningpost meldet aus Paris: Die letzte Sitzung der Alliiertenkonferenz zur Vorbereitung des Vorfriedensvertrages findet am 16. März statt. Am Tage darauf wird die Bekanntgabe der Friedensbedingungen gleichzeitig in den Hauptstädten der Alliierten erfolgen.

Eine Warnung Lloyd Georges.

Neuter meldet aus London: Lloyd George sagte auf dem Wales-Festessen in einer Rede zu Gunsten der Tschecho-Slowaken, er wisse nicht, ob dies eine Gelegenheit sei, kleinen Nationen ein warnendes Wort zuzurufen, er tue es aber als ihr wahrer Freund. Jetzt, wo die einen großen, verwirklichten, fast verblichenen Erfolg errungen haben, zeige sich die Neigung, sich über die Grenzen ihrer Rasse hinaus auszuweihen, Gebiete zu annektieren, die ihnen nicht gehören und herauszufinden, daß ihr Land viel besser und größer sein würde, wenn

sie das gewünschte Stück Land, das von einem Volk verschiedener Rasse, verschiedener Religion, verschiedener Sprache und verschiedener Tradition bewohnt werde, besäßen, und der Geist der Expansion beginne sie zu beherrschen. Dies sei der verhängnisvolle Irrtum, den ein großes oder kleines Volk begehen könne. Heute und für alle Zeiten beruhe ihre Kraft darauf, die Freiheit der eigenen Nation zu sichern. Er hoffe innerhalb 48 Stunden in Paris zu sein und die Friedenskonferenz zu einer baldigen Lösung zu bringen.

Hindenburg über die Lage im Osten.

Berlin, 5. März. Wie der Berichterstatter der „Deutschen Allg. Ztg.“ Kolff Brandt mitteilt, äußerte sich Generalfeldmarschall Hindenburg bei einem Gespräch über die Lage u. a. folgendermaßen:

Im Osten ist die Gefahr so dringend, daß es nötig ist, alle Kräfte dagegen verfügbar zu machen. Ich kann verstehen, daß jeder seinen Beruf wieder aufbauen will, aber zunächst muß doch jedermann die hohle beweisliche Sturmflut abwehren helfen, sonst wird es bald keinen Grund zum Aufbau mehr haben. Sagen Sie, daß ich die Lage für so ernst halte, daß jeder, ob Arbeiter oder Bürger, gegen die Gefahr vom Osten noch einmal Haus, Herd, Familie verteidigen muß. Es wird niemand das ohne allerwichtigste Ursache verlangen: die ist aber da. Ich sehne mich in meinem zweiundsechzigsten Jahre auch nach Ruhe: aber ich habe mich zur Verfügung gestellt und stehe weiter auf meinem Posten, der mir gewiß nicht leicht fällt, weil ich noch einmal verhindern will, daß Deutschland den russischen Norden ausgeliefert wird. Ich halte aus, weil ich weiß, man muß es tun, um des Beispiels willen. Dazu müssen aber alle, die aufbauen wollen, mithelfen.“ Im Laufe des Gesprächs bemerkte dann der Generalfeldmarschall noch, daß der Verband im falschen Glauben wäre, wenn er meine, durch unsere Verloschung diese Gebiete den Polen zuspiesen zu können. „Ich kenne ja die Polen — das Land wird uns gehören oder den Polshewissen, keinem Dritten.“ Schließlich gab auch Hindenburg der Meinung Ausdruck, daß es in den allerletzten Tagen den Anschein habe, als ob der Verband die ihm selbst drohende Gefahr erkenne. Aber trotzdem könne es für uns leicht zu spät werden, wenn nicht jeder begreife, was auf dem Spiele steht.

Vandendorff über das Waffenstillstandsangebot.

Berlin, 4. März. In einer Unterredung hat sich General Vandendorff auch über die Entschagung des deutschen Waffenstillstandsangebotes vom Oktober 1918 geäußert. In den Äußerungen ist zunächst von allergrößter Wichtigkeit zu erfahren, daß der General selber vom Epäthommer 1918 ab mit aller Kraft für einen Friedensschluß eingetreten ist.

Was die Geschichte des Waffenstillstandsangebotes im einzelnen betrifft, so sind aufgrund der demnachst erscheinenden amtlichen Denkschrift drei Daten besonders zu unterzeichnen:

1. Ende September und in den ersten Tagen des Monats Oktober drängte General Vandendorff auf sofortige Herausgabe des Friedensangebotes.
2. Am 17. Oktober 1918 kam General Vandendorff in einer Kabinensitzung in Berlin zu folgendem Besatz: Die deutsche Front habe bisher gehalten, als er vor zwei Wochen sagte. Wenn man ihm mehr Menschenkraft in Aussicht stelle, glaube er, den Krieg fortzuführen zu können. Er vertraue dabei freilich mehr auf sein Soldatenglück. Eine Garantie dafür, daß wir bei der Fortsetzung des Krieges militärisch und politisch sicher dastehen würden, könne er nicht geben. Die politische Entscheidung las nach eingehenden Beratungen in einer solchen Fortsetzung des Krieges ein Hazardspiel. Der Menschenschlag, der in Aussicht gestellt werden konnte, war quantitativ und qualitativ unzureichend. Doch einzelner bewährter Kämpfer war mit einer Fälligung der deutschen Westfront bei der täglich immer weiter erscheinenden technischen und humanitären Überlegenheit des Feindes nicht zu rechnen. Und somit würde nur durch Gleich und Berührung nicht nur aber weitere Teile Belgiens und Nord-Frankreichs,

sondern ferner auch in das eigene Land hineingetragen werden. Daher drang die politische Reichleitung die Gespräche mit Washington nicht ab, sondern verhandelte weiter auf der Grundlage der Alliierten Bedingungen. In diesen Tagen hat allerdings General Vandendorff nicht klipp und klar den Abbruch der Verhandlungen verlangt.

3. Das dritte Stadium trat ein, als Vandendorff noch keine Bedingungen für den Waffenstillstand überreichte. Diese überreichte gab er erwartete Maß an ein Willkür. Trotzdem gab im Eisenbahnabteil mit der politischen Reichleitung Generalfeldmarschall v. Hindenburg seine Bedingungen dahin, daß es unannehmbar sei, auch wenn Änderungen nicht erreichbar wären.

Freiheit der Meere.

Wie aus London gemeldet wird, formuliert jetzt die in Paris anwendende amerikanische Abordnung ihre Ansicht über die Freiheit der Meere, um sie der Pariser Konferenz vorzulegen. Die Hauptpunkte sollen folgende sein:

1. Keine Nation soll eine so große Flotte haben, daß sie: inländisch ist, allein die Meere zu überwachen (to control the seas).
2. In Friedenszeiten niedergelagerte Ozeanregeln (Sea rules) für die Zeit der Kriegsführung sollen nicht geändert werden, solange der Krieg im Gange ist.
3. Jede Nation, gleichgültig, ob Kriegführend oder neutral, soll von dem Völkerbund für die Beobachtung der Seerechtsregeln in Kriegszeiten streng verantwortlich gemacht werden.
4. Kriegsdampfer sollen in Friedenszeiten demilitärisiert sein und keine Neutralität für die Besatzung der Seerechtsregeln in Kriegszeiten streng verantwortlich gemacht werden.
5. Die Besatzung von Unterbooten soll fast eingeschränkt oder gar nicht noch ganz und gar verboten werden.

Die hier angeführten Vertragsbedingungen stehen in offenbarem Widerspruch zu dem berechtigten Verhalten Englands und der neutralen Staaten im Laufe dieses Krieges. Ferner kommt es sehr darauf an, welche Seerechtsregeln festgelegt werden und welche Bure als Normware bestimmt wird. Hier bieten sich angedachte Möglichkeiten zur Ausweitung im eigenen Interesse weiterer eigenen Vorteile.

Eine Seepolizei gegen Deutschland könnte durch sie sehr wohl gestiftet werden. Durch Einschränkung oder Verbot der Verwendung von U-Booten werden die zur See schwachen Mächte den starken gegenüber das einzige wirksame Mittel zur Bekämpfung des Starren besetzt. Im allgemeinen würde aber eine Annahme dieser Bedingungen ein Abweichen von dem Punkte 2 der Wilsonschen Friedenspunkte bedeuten, der die vollkommene Freiheit der Meere im Frieden und im Kriege festsetzt.

Die Bedingungen Fochs.

Aus Paris wird gemeldet: Die maritimen Bedingungen, die Foch dem Rat der Vierzehn eingereicht hat, enthalten die vollständige Vernichtung der Lauchboote aller Länder und die Abschaffung des Lauchbootkrieges durch alle Nationen der Welt. Diese Forderung wird mit dem Hinweis darauf begründet, daß die für den Seerrieg getroffenen Regeln und Bestimmungen durch die U-Boote nicht inanzuhalten sind und nicht kontrolliert werden können. Die Forderung nach der Schließung der Verteilungsmuster von Helgoland und des Kleter Kanals wird von Amerika noch immer bekämpft, das die Ansicht vertritt, daß man mit dem gleichen Recht auch die Schließung verschiedener amerikanischer Verteilungsmuster verlangen könnte. Der Vorschlag zur Vernichtung der deutschen Kriegsschiffe ist noch nicht von allen Parteien angenommen worden. Besonders Frankreich stellt sich hier auf den Standpunkt, daß eine Verteilung vorzuziehen wäre. Die militärischen Bedingungen umfassen die Entwaffnung Deutschlands bis auf fünfzehn Division Infanterie und 5 Divisionen Kavallerie sowie eine Einschränkung in der Erzeugung von Kriegsmaterial, und schließlich Bestimmungen über die Verwendung von Flugzeugen für militärische und wirtschaftliche Zwecke.

Lord Churchill über Deutschlands Ernährungs-Ratifikation.

London, 5. März. In einer Rede im Unterhaus erklärte Lord Churchill weiter: Deutschland sei dem Verhandern nahe und drohe zusammenzubrechen. Jetzt sei der Augenblick zur Ratifikation gekommen. Wenn Deutschland die ihm auferlegten Bedingungen angenommen habe, könne die Proviantierung und Verpflegung mit Rohmaterialien beginnen.

Der Verfassungs-Ausschuß.

Weimar, 5. März. Der Ausschuß der

Nationalversammlung zur Vorbereitung des Verfassungsentwurfes legt sich aus 28 Mitgliedern zusammen, und zwar 11 Sozialdemokraten, 6 Zentrumsdarstellern, 5 Abgeordneten der Demokratischen Partei, 3 Deutschen Nationalen, 3 von der Deutschen Volkspartei und 1 Unabhängigen. Der Ausschuss konstituierte sich unmittelbar nach der gestrigen Sitzung.

König Albert von Belgien

traf in Aachen am Montag mit einem Flugzeug ein. Nach einem Besuch im Stabquartier und einem Gang durch die Stadt kehrte der König im Flugzeug nach Brüssel zurück.

Generalfreik in Berlin.

Berlin, 4. März. Der Generalfreik hat sich auf alle Verkehrsmittel ausgebreitet. Selbst ein Teil der Elektrizitäts- und Wasserwerke ist im Ausstand. Ein großer Teil der Stadt ist ohne Licht und ohne Wasser. Straßenbahn und Untergrundbahn verkehren nicht. Die Geschäfte haben geschlossen. In einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Regierungstruppen ist es noch nicht gekommen. Die Nationalversammlung wollte sich gestern auf wenige Tage verlagern. Angesichts der neuen Lage beschloß man aber in parlamentarischen Kreisen, daß die Versammlung dann unter Umständen geruht mehr zusammenzutreten könne. Infolgedessen wird das Parlament weiter tagen und den Sozialisierungsentwurf beraten.

Berlin, 6. März. Der Generalfreik in Berlin stellt sich immer mehr als großer Mißserfolg für Sportplatz dar. Trotz der Verkehrsschwierigkeiten haben die meisten Fabrikbetriebe die Arbeit nicht einstellen brauchen. Es freilich kaum 30 vom Hundert der Arbeiterkraft. Heute früh haben eine ganze Anzahl Großbetriebe die Arbeit wieder aufgenommen. Der ganze Generalfreik steht vor seinem ruhmlosen Ende. Man rechnet mit seinem Schluß noch im Laufe dieser Woche.

Lohn- und Preissteigerungen.

Mit unheimlicher Regelmäßigkeit arbeitet die Notepresse. Tag für Tag schleubert sie Massen von Gelbnoten in den Umlauf, immer größer wird der Gelbbestand des Landes, immer mehr häufen sich die papierenen Werte in den Taschen Einzelner.

Man sollte annehmen, daß damit ein recht unangenehmer Zustand herbeigeführt ist. Die Löhne werden immer höher, und jede neue Lohnforderung wird entweder sofort oder — durch wilde Streiks erzwungen — nach einigem Widerstreben bewilligt. Wofür verdienen jetzt an einem Tage das, wofür sie in früheren Jahren eine Woche arbeiten mußten. Geschäftslufts können jeden Abend eine Einnahme zusammenrechnen, wozu früher eine Reihe guter Geschäftstage nötig war.

Dennoch haben sich die Verhältnisse nicht verbessert, sondern sie verschlimmern sich von Tag für Tag, wie jeder an seinem eigenen Leide spüren kann. Mit all dem Gelde, das man hat, kann man fast nichts kaufen, und das wenige, das zu haben ist, wird fast lächerlich teuer. Das ist ja leicht zu verstehen. Jemand muß doch die Kosten der erhöhten Löhne tragen, und dieser Jemand ist eben derjenige, der irgend eine Ware braucht, irgend eine Arbeit besorgt haben will. Dieser „derjenige“ ist aber ein Jeder, Frau und Mann und Kind. Wer etwas braucht, bekommt es nicht oder so teuer, daß auch der gesteigerte Lohn nicht mehr ausreicht. Also muß man noch mehr fordern, mit Güte oder durch Streik, um bald die trügerische Entdeckung zu machen, daß zugleich auch die Preise für alles — aber wirklich alles — wieder in die Höhe gegangen sind, sich verdoppelt, verdreifacht, vervielfacht haben.

So geht es mit Essen und Trinken, mit Kleidung und Wohnung, mit Licht und Heizung, mit jeder Reparatur, die man machen lassen muß, mit jeder Handreichung, die man nötig hat, so geht es mit den Verkehrsmitteln, mit Fern- und Lokalbahnen, Straßenbahnen, Omnibussen, Droschken. Jedes kleine Vergnügen, jede Zerreuung wird immer teurer, Restaurants und Kaffees, Theater und Konzerte, die Musikalien, die man sich kaufen, das Buch, das man lesen möchte.

Und immer höher steigt die Flut des Papiergeldes. Im Auslande will man nichts mehr davon wissen und weigert sich, es als Zahlung anzunehmen. Und auch bei uns muß man immer erheblichere Mengen in Kauf gegen Waren geben. Doch neue Lohnforderungen haben neue Preissteigerungen im Gefolge, und neue Fluten Papiergeld strömen aus der Notepresse. Es strömen wie eine Sturzflut von Wasser. Das reicht uns schon über die Kehle, und wenn wir nicht eintämmen, werden wir rettungslos ertränkt werden.

Dr. S. (Papier-3tg.)

Volles u. Provinzielles.

Sobran O. S., den 7. März 1919.

§ („Stadtälteste.“) Anlässlich des 50. Geburtstages des Abgeordneten unserer Stadt, Herrn Lietzki, der sich am 7. März im Mittwochs vormittag in der Wohnung des Jubilars der Magistrat geschlossen und eine Deputation der Stadtverordneten-Versammlung. Herr Bürgermeister Kelle hielt an den Jubilars eine Ansprache, in welcher derselbe hervorhob, daß die städtischen Behörden beschloffen haben, Herrn Abgeordneten Haering in dankbarer Anerkennung seiner langjährigen erprießlichen Tätigkeit als Magistratsmitglied zum „Stadtältesten“ zu ernennen. Der hierdurch Beehrte dankte mit bewegten Worten und versprach, auch weiterhin im Interesse und zum Wohle unserer Stadt zu arbeiten. — Der Jubilars war anlässlich seines Abrahamsfestes auch Gegenstand anderer Ehrungen. Bereits am Vorabend, Dienstag, erschienen 20 Mitglieder des Männer Gesangsvereins in dessen Wohnung, um dem verdienten und äußerst beliebten Vorsitzenden ein Gedächtnis zu bringen. Nachdem die Sängerschaft das „Gott grüße dich“ und „Am Holdertag“ gesungen hatte, richtete das Vorstandsmittglied, Herr Stadtbauverwalter Kottreuba, an den Jubilars eine herzliche Ansprache, in welcher er dessen große Verdienste um den Verein in den mehr als 15 Jahren als Vorsitzender hervorhob und den Wunsch ausdrückte, daß derselbe noch viele Jahre zum Besten des Vereins wirken möge. Als äußeres Zeichen der Anerkennung und Liebe überreichte der Redner dem Jubilars eine vom Verein gestiftete wertvolle Standuhr. Die Sängerschaft blieb hierauf mit ihrem Vorsitzenden in dessen Wohnung noch mehrere Stunden gemächlich beisammen, wobei auch deutsches Lied erklang und auch ein von Herrn Kottreuba auf den Jubilars verfaßtes Liedchen gesungen wurde. — Verschiedene Gratulationen erschienen zahlreich in der Wohnung des Jubilars, noch zahlreicher waren die schriftlichen Gratulationen, welche alle Zeugnisse ablegten von der allgemeinen Liebe und Wertschätzung, welcher sich Herr Abgeordneter Haering hierorts zu erfreuen hat.

§ („Junkerherbschaft, die neuen Volksrechte und Gemeindeangelegenheiten.“) Dieses Thema wurde in einer für gestern abend seitens des hiesigen sozialdemokratischen Vereins in Schülzinsaal abgehaltenen öffentlichen Versammlung behandelt. Anstelle des angelegten Referenten, Abgeordneten Auch aus Rybnik, welcher am Abendsabend verhindert war, trat der Genosse des hiesigen Vereins, Maschinenbauer Rudolf Vanger an den Plan. Derselbe schilderte in knapper Form die angelegte Mitwirkerschaft der bisherigen Regierung und ihrer Führer, besonders der Junker, „bezüglicher“ die Trennung von Kirche und Staat, Einführung der Einheitschule und andere sozialistische Ideen und Anschauungen. Schließlich sprach derselbe die hiesigen Gemeindeangelegenheiten, angeblich herrschende „Mißstände“ in der Lebensmittelversorgung und forderte eine Ergänzung des hiesigen Arbeiterrates, da derselbe nicht zu Recht gewählt ist und sich einzelne Mitglieder darin befänden, welche ihrer Aufgabe nicht gewachsen seien, besonders auch an den Sitzungen nicht teilzunehmen. Der Vorsitzende des Arbeiterrates, Bureauvorsteher Niewolli, protestierte, nachdem er den Redner zunächst mit seinen sozialdemokratischen Anschauungen abgeführt, gegen eine Ergänzung oder Auflösung des Arbeiterrates; derselbe sei rechtmäßig gewählt und vom Kreisvolksherrn und der Regierung bestätigt, eine Auflösung mit ihm ohne Einverständnis dieser Behörden nicht zulässig. Sehr richtig betonte Herr Niewolli, daß dann jeder andere hiesige Verein die Forderung auf Auflösung bezw. Ergänzung des Arbeiterrates ebenfalls stellen könnte. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins, Kaufmann Zug, brachte zur Sprache, daß der Arbeiterrat über verschiedene nicht orientiert sei, u. a. sei z. B. ein halber Centner Schokolade der Stadt Sobran zugeteilt worden, die Bürgerkassette habe hiervon jedoch nichts zu sehen bekommen. Auch die Fleischversorgung müsse besser geregelt werden, wofür der Verein eintreten wolle. Formermittler Soika vom Arbeiterrat erwiderte hierauf, daß eine derartige Angabe wie mit der Schokolade, welche nicht beschaffen werden konnte, das Publikum nur vergeblich bezw. erbitterte. Am Weiterreden wurde S. von den im Saale anwesenden „Genossen“ verhindert. Schließlich brachte der obgenannte Redner Vanger sechs Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins zur Kenntnis, deren Wahl in den Arbeiterrat beantragt bezw. in einer vom Verein einzuberufenden öffentlichen Versammlung in etwa 14 Tagen vorgenommen werden soll.

§ (Aufnahme von Kindern des Industriebezirks in ländliche Familien.) Es sollen dieses Jahr im Sommer wieder Kinder

der städtischen und Industriebevölkerung in ländliche Familien aufgenommen werden. Familien, welche solche Kinder aufnehmen wollen, werden gebeten, sich baldigst in der Schule melden zu lassen. Dasselbe können nach die Bedingungen eingesehen werden.

§ (Eine Kuh gestohlen) wurde in der Nacht zum 2. März aus dem Saale des Bauern Ege weiczek in Stände, Kreis Bielefeld. Die Ephybiden trafen die Diebstahl, die Kuh, welche erst 3 Tage nach dem Rauben war, in der Nähe der Ephybiden Besitzung aufgefunden; das Raub überließen sie großmütig dem Besitzer, welcher es nun künftighin aufziehen muß. Der Besohlene legt auf die Ermittlung der Ephybiden eine Belohnung von 500 M. aus.

(Kypnitzer Kriegsmaterialien-Ges. m. b. H.) In der am Sonnabend in Bielefeld Hotel in Rybnik stattgefundenen Versammlung zur Gründung einer „Kypnitzer Kriegsmaterialien-Gesellschaft m. b. H.“ lagen Antragsmeldungen von 183000 M. vor (vertreten waren 163000 M.) u. a. sind beteiligt: Kreisamtamt mit 100000 M., Stadt Rybnik 20000 M., Stadt Bielefeld, Gemeindefiskus, Ausgrabung, Nieder-Rybnik und etwa 30 Firmen oder Herren mit kleineren Beträgen. Die einzelne Gesellschaft am Kommen verhindert waren, mußte Vertagung erfolgen. Die Gründung soll nunmehr am Mittwoch den 12. März, nachmittags 3 Uhr im Saale von Bielefeld Hotel in Rybnik stattfinden. Eine öffentliche Einladung wird nicht mehr ergehen, vielmehr werden nur diejenigen, welche sich zum Beitritt erklärt haben und Anteile eingekauft haben, durch ein besonderes Schreiben eingeladen werden. Wer also noch Gesellschaften zu werden wünscht, wird gut tun, dies baldigst schriftlich Herrn Kreisbauernmeister Bog in Rybnik mitzutun.

(Rücktritt des Oberpräsidenten von Schlesien.) Der Oberpräsident von Schlesien, Minister G. b. i. w. Rat Dr. von Gumbert, tritt auf sein Geheiß vom 11. November d. J. 7. Januar d. S. in den Ruhestand und ist bis dahin beurlaubt.

(Kypnitzer Kriegsmaterialien-Ges. m. b. H.) Die von zuständiger Seite mitgeteilt wird; ist der sozialdemokratische Parteiführer und Abgeordneter der Nationalversammlung Otto Hering zum Kreisamtskommissar für den Regierungsbezirk Opyls von der preussischen Staatsregierung ernannt worden.

(Wahl Oberpräsidenten polnisch werden?) Aus Berlin wird berichtet: Das Prinzip der Selbstbestimmungsrecht der Völker ist die Staatsform auf dem Plan. So kam längst eine Sprachenart der deutsch-Oberprovinzen heraus, auch der u. a. in Oberschlesien nur 10 bis 20 Prozent der Bevölkerung deutsch sprechen sollen. Genuß läßt sich das natürlich in Prozents nicht feststellen, aber selbst den läßt sich wohl, wie die Bevölkerung denkt und was sie gebären will. Das Oberschlesien durchaus deutsch bleibt und deutsch bleiben will, steht außer Frage. Das heißt u. a. auch aus dem Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung. Obwohl die Polen für den polnischen Teil der Bevölkerung Wahlhaltung vorkamert und in dieser Hinsicht einen starken Druck ausgeübt hatten, betrug die sich doch 60 bis 80 Prozent der Bewohner Oberschlesiens an den Wahlen. Dieses Ergebnis ist umso höher einzuschätzen, wenn man die weiten Wege (10 bis 80 Kilometer) berücksichtigt, die ein großer Teil der Wähler auf dem Wege zurücklegen mußte. Oberschlesien will deutsch bleiben und auf diesen Willen der Bevölkerung kommt es bei der Anwendung des Selbstbestimmungsrecht an. Das dieser Wille nicht verwirklicht wird, sondern nachher zum Ausdruck gebracht werden kann, das muß Deutschland verlangen und durchsetzen.

(Die Entscheidung über Polen.) In großpolnischen Kreisen Oberschlesiens herrscht seit Dienstag freudige Erregung über die angeblich zu Genuß-Oberprovinz gefällte Entscheidung über das fernere Schicksal Oberschlesiens. Auch der deutschen Bevölkerung hat sich Ursache und Besorgnis bemächtigt. Aufstrebend gehen diese Besorgnisse auf eine aus Paris über Amsterdam kommende Meldung zurück, die in bestimmter Form auch in einer schließlichen Sitzung abgedruckt wird: Hieraus hat die Kommission für polnische Angelegenheiten in Paris bei der Feststellung der Westgrenzen Polens den Beschluß gefaßt, daß Polen seine Grenzen von 1772 wieder zurückhalten, aber in Oberschlesien etwas einschneidend werden soll.

Die der Berliner Vertrauensmann auf Grund derselben Nachricht aus Paris, die über Bern an ihn gelangt ist, mitteilt, stimmt die Tatsache, daß Polen in seinen Grenzen von 1772 wieder hergestellt werden soll. Auch die Tatsache ist richtig, daß Polen noch gewisse Zugeständnisse erhalten hätten. Und zwar bezogen sich die Pa-

gehabt, die rein wirtschaftlicher Natur sind, auf Österreichisch-Schlesien (Königreich Schlesien.) Von Ober-Schlesien ebenso wie von Danzig war gerichtet die R. de. Aufständigen liegt also in der künftigen Bildung die gewöhnliche in der ausländischen Presse immer wiederkehrende Beschreibung von Preussisch-Ober-Schlesien und Österreichisch-Schlesien vor.

(Ober-Schlesien-Gefahren) In der Sitzung der Waffensoll-Raadskommission in Spaas vom 4. März überreichte der Vorsitzende eine Note, in welcher die Ober-Schlesien durch die Tschechen und Polen drohende Gefahr geschilbert wurde und dringend ersucht wird, die Militär-Divisionen in Borsichon und Prag anzuweisen, die polnischen und tschechischen Angriffskräfte gegen den Ort zu verhindern.

(Militärisches Aufgebot gegen Kadlin.) Bei der Verhaftung des Kaufmanns Eowa in Kadlin ist, wie berichtet, vom Zivil mit Waffengewalt gegen den Grenzschutz vorgegangen. Dies hatte nun ein neues militärisches Einschreiten zur Folge, worüber gemeldet wird: Ganz unerwartet erschien Donnerstag früh in Kadlin ein größeres Truppenaufgebot, bestehend aus Infanterie und Kavallerie. Es handelt sich darum, durch Absperrung der Wasserläufe anzugehen, die bei der Sommerschlacht Verhaftung in voriger Woche sichtbar erkannt worden sind. Der Grenzschutz zu Pferde umzingelte den Ort Kadlin, wo sich damals das bekannte Feuerfest abspielte, während den Fußkämpfern die Aufgabe zuteil, Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Bei den Hausdurchsuchungen wurden verschiedene Waffen und Munition gefunden und gegen einzelne Personen erheblich belastendes Material zur Verfügung gestellt. Mehrere Verhaftungen sind erfolgt.

(Ein neuer Bergarbeiterstreik in Ober-Schlesien.) Aus Dentsch O.E. wird gemeldet: Ein neuer Bergarbeiterstreik ist in Ober-Schlesien ausgebrochen. Die Bergleute stellen die Forderung auf Entfernung des Grenzschutzes, Aufhebung des Belagerungszustandes und Entlassung der Offiziere und der Studentenmiliz. Die Bewegung wird von sozialistischen Agitatoren lebhaft geführt. Hand in Hand damit geht ein umfangreicher Waffenschmuggel. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß in den nächsten Tagen die Möglichkeit sozialistischer Aufstände nicht ausgeschlossen ist. Von den für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verantwortlichen Behörden werden bereits wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen.

(In einer schweren und tief bedauerlichen Ausbreitung) kam es dieser Tage in Gollatschowitz im Kreise Rybnik. Die Abwehr konnte sich nicht halten, es trat eine sehr arge Verwilderung der Schulleitung ein und der Lehrer hatte einen so schweren Stand, daß er zu körperlichen Strafen gezwungen wurde. Das wollten sich in den neun und angewohnten „Freiheitsgefühl“ eine Anzahl Einwohner nicht gefallen lassen und so überfielen sie den Lehrer K., fielen denselben in eine kleine Riste so, daß sein Kopf und seine Brust schlugen, indem die Riste auf einen Karren und luden den Lehrer im ganzen Dorfe herum, wobei er schweren Mißhandlungen ausgesetzt war. Dann wollten sie die Riste mit dem Lehrer in einen Wassergraben werfen, sah aber schließlich davon ab. Der Lehrer war vor Schreck und wegen der erlittenen Mißhandlung einige Tage schwer krank. Die Eltern aber können sicher sein, daß dieses Beispiel die Kinder nicht nur zu weiteren Missethaten gegen den Lehrer veranlassen wird, sondern daß solche Kinder sehr leicht auch einmal die Hand gegen die eigenen Eltern erheben. Vor solchen Früchten der Revolution und Freiheit muß man sich mit Absicht abgrenzen.

(Mutiger Zusammenstoß zwischen Grenzschutz und Zivil.) Auf der Römmergrube kam es bei einer Hochzeitfeier im Witzschauer Saal in Niederschlesien zu einem Zusammenstoß zwischen Grenzschutz und Zivil. Es gab Unzufriedenheiten und Schläge auf beiden Seiten. Zwei Bergleute, ein Pole und der Händlerhahn Paul Margoll wurden durch Kopfwunden getötet. Ein eingetretener Verfallungskommando des Grenzschutzes nahm zahlreiche Verhaftungen vor, darunter die einiger Matrosen. Der Bergmann Darbleck schickte. Er wurde auf dem Dach seines Hauses gefesselt und durch einen Schuß unsterblich gemacht. Vom Grenzschutz wurde ein Mann verhaftet. Man sieht den Krampf auf eine Riste unglücklich zerfallen zurück, nicht zuletzt hervorgerufen durch die geringe Stimmung infolge übermäßiger Mißhandlungen. — In diesen Vorgängen wird weiter berichtet: In Rybnik erschien der Arbeiterrat der Römmergrube und verlangte die Auslieferung der an den Ausschreitungen beteiligten Soldaten des Grenzschutzes, andernfalls die Belegschaft der Römmergrube den Streik erklärt. Es besteht die Gefahr, daß sich alle

anderen Gruben des Rybniker Bezirkes solidarisch erklären werden.

(Die Verlegung der Doppelauer Ackerbauerschule) nach Oslau hat unter den ober-schlesischen Bauern ein großes Bedauern hervorgerufen. Ein Bauernrat schreibt dazu: Gerade für Ober-Schlesien und in Ober-Schlesien ist eine solche Anstalt, wenn Doppelauer eintritt. Trotz aller Zukunfts wird in dem größten Teile Ober-Schlesien für die Landwirtschaft getrieben und die Bauern, selbst die kleinen und mittleren Bauern haben ihre Eöhne gerade nach einer Schule gesucht, in der praktische Arbeit und theoretisches Wissen gleiche Plätze fanden. Das war ja eben der Vorteil von Doppelauer bisher gewesen, daß die Schüler überall mit anfassern mußten, sich so praktisch in allen Wirtschaftszweigen auszubilden und dadurch die theoretischen Kenntnisse erst den rechten Wert bekamen. Eine Prägnante fähige Landwirte wurde so Doppelauer und die dort herangebildeten Wirtschaftswissenschaftler fanden überall gute Aufnahme. Die Staatsregierung hat für Ober-Schlesien eine ganze Reihe Verbesserungen gemacht. Wichtig wäre, daß das und erhalten bleibt, was wir haben und daß darum auch eine Ackerbauerschule für unsere landwirtschaftliche Bevölkerung fortbestehen bleibt.

(Der „Sund der Ober-Schlesier“) ersucht die Preussische Staatsregierung, die Einführung der nachstehenden zwei Punkte ab 1. April d. J. in Erwägung zu ziehen:

1. Einführung von obligatorischem polnischem Sprachunterricht in den Lehrerseminaren in Ober-Schlesien.
2. Einrichtung von Ausbildungskursen für Lehrer möglichst in jeder Kreisstadt, um dieselben zu befähigen, polnischen Sprachunterricht zu erteilen.

Rybnik, 5. März. Die altberühmte Rybniker Schloßbrauerei wird stillgelegt. Die Vereinigung von Bräueren und die von Bräueren macht in Ober-Schlesien genau so Fortschritte wie anderswo. Die Zaborger Aktien-Brauerei, vormals Dabner, ist jetzt alle Bräuer- und Dalkationsbetriebe Ober-Schlesien aufzulösen zu wollen, sie hat nun auch die Schloßbrauerei mit dem Namen Rybnik übernommen. Von den früheren 3 Rybniker Großbrauereien: Mandowki, Schloß und Hermann Müller ist nur die Schloßbrauerei noch die letzte geblieben. Die umfangreichen Gebäude und Lagerräume der Schloßbrauerei werden nun für andere Zwecke frei. — Zur Bekämpfung des Wuchers hat sich hier eine neue Handel- und Gewerbetreibenden aller Branchen bestehende Preisprüfungs-Kommission gebildet, die die Preisüberwachung energisch zu betreiben will.

Katibor, 6. März. Reichsminister Czibor teilte der „New Oslauer Volkszeitung“ mit, daß eine Preisprüfung vorliege, zu bestimmen, daß Markschloß bei den nächsten Verhandlungen zur Waffensoll-Raadverlängerung Ober-Schlesien für Polen fordern werde. In dem Fall würde die deutsche Waffensoll-Raadkommission, wenn tatsächlich Markschloß bei dieser Forderung herantrete, alles tun, um sie abzuwehren.

Rybnik, 8. März. Aus Anlaß der Gesellschaft über das unerwartete Ableben eines Bürgermeisters Dr. Deuser war für Montag eine außerordentliche Sitzung des Magistrats und der Stadtvorordneten anberaumt. Stadtvorordnete Richter verlas dabei ein Schreiben, das Dr. Deuser vor dem Tode an ihn gerichtet hatte, in dem es u. a. heißt: ... Als nach dem Tode des Magistrats und zugleich dem Rybniker Bürgerrat die gemeinsame Aufgabe übertragen wurde die Gewährung von Lebensmitteln aus Polen und Galizien zu organisieren, wurde mir für diese Aufgabe der Bergarbeiter Margalla zugewiesen. Nach dem ich bei diesen ansehnlichen Mächtigkeiten hatte ich mit diesem Manne zu arbeiten. Margalla verstand es, sich mehr als Vertrauen zu erwerben, zumal er großen Eifer zeigte und ein erstaunliches Organisations-talent an den Tag legte. Da ich in meinem eigenen Interesse lieber nur alljährlich präsent war, so hatte ich Margalla volles Vertrauen und überließ ihm den größten Teil der Geschäftsführung. Die alljährlichen Vertrauensvolligkeiten ist mein Fehler und mein Verbrechen. Aber auch mein einziger Fehler in dieser Sache. Margalla hat mein Vertrauen zu kurz gefaßt. Diese Tatsache war mir leider nicht so schwer, weil ich von vornherein unter Billigung des Magistrats und der Stadtvorordnetenversammlung verlangt, daß die Ware, der Speck, dem Magistrat von den Anführern zu einem bestimmten von mir jeweils vorgeschriebenen Preise angekauft werde. Der Grund hierfür lag darin, daß dem Magistrat bei der mit dem Schwammel nun einmal verbundenen Verkauf für unsaubere Geschäfte nicht zu tun haben wollte und auch nicht durfte. Es handelte sich

sich da um Speise aller Art und ganz besonders um Speisekartoffeln, die in namhaften Summen gekauft wurden. Es ist klar, daß sich der Magistrat damit nicht befassen durfte, und damit entfiel auch jede oberste faule mögliche Prüfung drückender Ausgaben. Daher das Verlangen, daß die Ware dem Magistrat zu festen Preisen angekauft werde. Man hat es Margalla verstanden, sich zwischen die Anführer und den Magistrat zu stellen, Preisauflage für seine Lasten zu machen und dies dadurch mit gegenüber zu rechtfertigen, daß er erklärte, der Speck könne nur zu dem und dem Preise angekauft werden. Wie Sie wissen, sind seine Preisangebote außerordentlich hoch gewesen. Das wäre wohl alles nicht so gekommen, wenn ich von Anfang an ein kaufmännisches Bureau für diesen Betrieb eingerichtet hätte. Erst später habe ich wenigstens für den Kapitalverkehr den städtischen Buchhalter eingesetzt. Doch ist diese Einrichtung nicht ausgefallen, weil es richtig und nötig gewesen wäre. Borgehen, am Mittwoch, werden die Maßnahmen Margalla aufgedeckt, doch vermochte er den größten Teil des sogenannten Preisbetrages durch Erlöse zu decken, so daß schließlich noch 3000 Mark angedeckt bleiben, und er wollte auch noch hierfür ein Nachweises zu erbringen lassen. Ich glaube auch vorzuziehen, daß es ihm gelinge könnte, sich zu rechtfertigen und daraus ist mir der Streik gedreht worden. Will ich mich vorerst glauben, für Margalla einzutreten zu können, ist mir fern, allerdings ohne Hinterlagen die Vermutung ausgesprochen worden, ich sei an den Verantwortlichkeiten nicht unteilhaftig. ... Herr Justizrat, was mich diese Stunden gekostet haben kann ich nicht schildern. Nur mit übermenschlicher Anstrengung habe ich nachmittags noch der Stadtvorordnetenversammlung beigewohnt und in ihr auch das Wort zu einzelnen Vorlesungen ergriffen, trotzdem meine Gedanken bei ganz anderen Dingen waren. Aber ich bin ich am Ende meiner Kraft. Der Krieg, die Arbeitslosigkeit, die Revolutionen und die letzten Tage haben mich völlig zermürdet, ich bin fertig und kann nicht mehr. Die Aussicht, in dem ich jetzt anheben der Gerichtsverfahren Rede und Antwort stehen zu müssen, der Verantwortlichkeit und Nachlässigkeit gelassen zu werden, auch die Aussicht einem Disziplinungsverfahren unterzogen zu werden, im Aufsehen herabgewürdigt und doch die Schuld noch der Unbilligkeit beizulegen zu werden, Herr Justizrat, das zu ertragen bis ich anheben und deshalb gehe ich auf dieses Leben. ... Der Beauftragte des Zentral-Arbeiterrates Piotrowski berichtete darauf über die Ergebnisse der Untersuchung. Kurzgefaßt der erstatteten Nachricht wollte er sich in seinen Äußerungen befriedigen, aber Margalla habe das Vertrauen mißbraucht, er habe es verstanden in 5 Wochen über 400000 Mark in seine Tasche zu bringen. Da er 4 Wochen Urlaub nehmen wollte, so war anzunehmen, daß er der Stadt eine Schuldenslast aufbürden wollte, um abhandeln nach Polen zu verschleppen. Unter Bezugnahme auf die Versammlung bei Gromwald, die beschloß: hatte den Bürgermeistern vom Amt zu entlassen und damit Piotrowski zu betrauen, nimmt Herr die Arbeiter in Schutz, denn diese konnten im ersten Augenblick nichts anderes annehmen, als daß der Bürgermeister mitbetitelt gewesen sei. Abhandeln erklärte Piotrowski, er habe die Mitteilung erhalten, daß in Bismar ein Staatskommissar für Ober-Schlesien in der Person des Zentralratsvorsitzenden Otto Hoffmann ernannt sei, welcher erst nachmittags eintreffen soll. Dieser habe bestimmt, daß er die Geschäftsführung des Bürgermeisters übernehmen soll, sowohl der Zentralrat als auch Hoffmann seien damit einverstanden. Die Stadtvorordneten, Kratzyk und Schwerdtfeger machen darauf aufmerksam, daß eine Verlegung der Stelle doch nur im Einvernehmen mit der Gemeindevorstandung möglich ist und Beigeordneter Metzgerjewski erklärt, daß er seine Kräfte der Stadt zur Verfügung stellen und deshalb nicht gelassen sei, sich beiseite zu ziehen zu lassen. Justizrat Metzgerjewski glaubt, daß hier die Bestimmungen der Städteordnung Platz greifen und der gesetzliche Vertreter des Bürgermeisters ist der Beigeordnete. Er ergreift das Wort, um die Rechte des Magistrats und der Stadtvorordneten wahrzunehmen. (Schloß Brauerei aus den Rischen der Stadtvorordneten und im Jubelraum.) Stadtvorordnete Dudyk bemerkt, daß der Kommissar doch an die Wünsche der Bevölkerung Rücksicht nehmen soll und hierauf gestützt erklärt Piotrowski, daß die Bevölkerung in der Versammlung am Sonntag ihn gewählt habe. Wenn er nicht anerkannt werde, dann beruft er sofort eine große Volksversammlung ein, damit die Volksmassen ihren Willen zum Ausdruck bringen. Stadtvorordnete Dudyk erhebt hiergegen Einspruch und Stadtvorordnete Richter ersucht die weitere Beschäftigung zu verlagern, bis von der Regierung weitere Bestimmungen eingehen.

Eingefandt.

Seitens der Reichsbekleidungsstelle wurden vor ca. 3 Wochen dem Kommunalverband Rybnik Herrenanzüge, Hosen, Koppen und Mäntel überwiesen, die gegen Bezugscheine für die minderbemittelten Bevölkerung bestimmt waren. Ein Teil dieser Sachen ist hiesigen Geschäftsleuten zugestellt worden. Im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung wäre erwünscht, ja dringend erforderlich, daß das Eintreffen von Reichsware veröffentlicht wird, und zwar: Genane Angabe der Geschäftsleute, die Menge, die jedem Geschäftsmann zugewiesen wurde, und die Preisangabe. Dadurch wird vermieden, daß diese Sachen nicht in unrechtmäßige Hände gelangen.

Standesamt-Nachrichten von Sohrau.
Sterbefälle.

Am 27. Februar eine Totgeburt; am 28. der Rentewpächter Johann Popp 1, 75 Jahre alt; Altarbeit, Tochter des Gekwirts Anton Doder, 1/2 Jahr alt; am 5. März der Lagerarbeiter Franz Kalaja, 72 Jahre alt.

Ev. Gemeinde Sohrau O.S.

Sonntag den 9. März, nachm. 1/2 3 Uhr:
Deutscher Gottesdienst

Bekanntmachung.

Zur Neuverpachtung der Jahr- und Wochenmarktschänke: vom 1. April d. J. ab haben wir einen Termin auf

Mittwoch, den 13. März 1919,
vormittags 10 Uhr

in unserem Stadt-Bezirksamte, Zimmer Nr. 3, aberaumt, zum welchem Beschäftigte hiermit eingeladen werden. Die Bindungswörter im Termin bekannt gegeben.

Sohrau O.S., den 1. März 1919.
Der Magistrat. R. K.



Freiw. Feuerlösch- und Rettungs-Verein Sohrau O.S.

Montag den 10. März er.
abends 7 Uhr:

Übung.

Anreisen am Feuerwehrschuppen. Vollständiges Erscheinen dringend notwendig.

Der Vorstand.

Handwerker- u. Gewerbebank

eingetragene Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht.

Sonntag, den 9. März 1919,
nachmittags 4 Uhr

General-Verammlung

gemäß § 24 des Statuts statt, zu welcher die Mitglieder ergebenst eingeladen werden. Bilanz und Jahresrechnung liegen im Geschäftszimmer zur Einsicht aus.

Tagesordnung:

- 1) Mitteilung der Jahresrechnung.
- 2) Genehmigung der Bilanz.
- 3) Verteilung des Gewinns.
- 4) Entlassung des Vorstandes.
- 5) Festsetzung des Gesamtbeitrages, welchen Anleihen der Genossenschaft und Sparendatoren bei derselben zusammen nicht überschreiten dürfen, und derselben Genossen, welche die Rückzahlungen an Genossen innegehalten werden sollen.
- 6) Neuwahl zum Aufsichtsrat.
- 7) Erledigung von Vereinsangelegenheiten.

Sohrau O.S., den 25. Februar 1919.
Der Aufsichtsrat.
S. Singer.

500 M. Belohnung

suche ich demjenigen zu, welcher mir den Spitzhaken, der mir in der Nacht vom 1. zum 2. März aus meinem Stalle eine Kuh gestohlen hat, so nachweist, daß derselbe zur Anzeige gebracht werden kann.

Paul Szewieczek,
Stande O.S.

Schuhe!

Hauschuhe, ohne Bezugschein, dauerhafte Verarbeitung, mit echter Leder Spitze, pro Paar 7.20 M. freie Fußbindung. Lieferung nur gegen vorherige Einzahlung des Betrags. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Zurücknahme und Rückzahlung des Betrags. Um genaue Angabe der Adresse und Schuhnummer wird gebeten. Garantie für gute Ankunft. Versand gestattet.

Schuhwaren-Fabrik Mimbach
(Rheinpfalz).

Für die mir anlässlich meines 50. Geburtstages erwiesenen Aufmerksamkeit sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.

Hering.

Um färben

feldgr. Uniformstücke, auch zertrennt, sowie glatter Stoffe und alter Kleidungsstücke, in schwarz und bunt, übernimmt bei schnellster Lieferung

Filiale: Sohrau, Breitestr. 56.

Curt Müller & Zeun, Beuthen O.-S.
Inh. Curt Müller.

Färberei & chem. Reinigungswerk.

Lichtspielhaus Sohrau

(Schüfflans' Saal.)

Sonntag, den 9. März 1919:

Teufelskrallen.

Drama in 3 Akten mit Wanda Treumann u. Viggo-Larsen.

Der Kandidat.

Humor., 3 Akte.

Rache des Mestizen.

Wildwest-Drama.

Zwei Vorstellungen:
erste v. 1/2 6-8 Uhr, zweite v. 8 Uhr ab.

Mittwoch, den 12. März 1919:

Die Försterloni.

Ein Wilderer drama in 4 Akten von Carl Schünfeld mit Tea Metabrecher in der Hauptrolle.

Die schwarze Gefahr.

Kunstspiel in 3 Akten.

Antang abends 8 Uhr.

Dem geehrten Publikum von Sohrau und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich im Hause des Herrn Linzer, Schützenstraße, eine

Reparatur-Werkstatt für landwirtschaftliche Maschinen

aller Art eröffnet habe und diese Arbeiten aufs sauberste und gewissenhafteste ausführe.

Ich bitte um zahlreichen Zuspruch und zeitliche Hochachtungsvoll

Joseph Mach,
Maschinenbauer.

Reichenberger's Zahn-Atelier

Sohrau O.S., Ring 129.

Sprechstunden:

Vormittags von 8-12 Uhr,
Nachmittags von 2-6 Uhr.
Sonntags von 9-12 Uhr.

Verloren 55 M.

in Papierscheinen auf dem Wege von der Altsch. zwolska nach Berlin. Gegen Belohnung abzugeben in der Exped. d. Bl.

Jeden Posten Wiesenheu

hat abgegeben

Brysch.

Danksagung.

Ein herrliches „Gott vergelt“ sprechen hierdurch allen den Lieben aus, welche uns anlässlich des Hinscheidens und der Beerdigung unseres lieben guten Vaters und Großvaters,

Johann Poppek

ihre Teilnahme beknudet haben. Herrliches Dank besonders dem hochw. Herrn Pfarrer L. och für die Trost Worte am Grabe, sowie allen welche dem teuren Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen haben.

Sohrau O.S., den 6. März 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Krieger-Kreuz-Verein

Sohrau O.S.

Sonntag den 16. März 1919, nachm. 3 1/2 Uhr im Saale des Herrn Schöffan:

General-Verammlung.

Tagesordnung.

1. Eröffnungsansprache, insbesondere Begrüßung der aus dem Felde heimgekehrten Kameraden.
2. Einführung der neu aufgenommenen Kameraden.
3. Berichte:
a. Jahresbericht.
b. Rassen- und Revisionsbericht.
4. Wahlen:
a. Neuwahl des Vorstandes.
b. Neuwahl der Rassenkommission.
c. Wahl einer Kommission für die in Aussicht genommene Statutenänderung.
5. Anträge aus der Versammlung.

Nach dem geschäftlichen Teil — etwa gegen 5 Uhr — Kino-Vorführung, zu welcher die Familienangehörigen der Kameraden höchst eingeladen werden.

Anmeldungen in den Verein werden bei allen Vorstandsmitgliedern unter Vorlegung der Militärpapiere jederzeit entgegengenommen, ebenso bei der Generalversammlung.

Alle Vereinskameraden, sowie alle Kriegsteilnehmer oder gebienten Soldaten, welche dem Verein beizutreten wünschen, werden zum Besuche der Generalversammlung hierdurch kameradschaftlich eingeladen.

Mit kameradschaftlichem Gruße!
Der Vorstand.

Reparaturen

an Fahrradern, Nähmaschinen, Gramophonen, Milchzentrifugen, Carbidlampen jeder Art werden sachgemäß und preiswert ausgeführt.

Bruno Elias, Sohrau, Abt. Fahrradhandlung.

Gebr. Herrenkleidungsstücke

sind zu verkaufen.

Heinrich Adolf, Bahnhof (Beigelhaus)

Henne entlaufen.

Gegen gute Belohnung abgegeben bei Ingenieur Wiesemann, Zentrale.

Christes, Sauberes

Dienstmädchen

sucht für sofort

J. Reimann,
Conditorei und Café, Ring.

Geld

gegen monatliche Rückzahlung besteht

B. Calderarow, Hamburg 61